



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

30. Dezember 2014

CDU-Juristen gegen Stigmatisierung von Polizisten

Polizeieinsätze werden zunehmend von Gewalttätigkeiten überschattet. Gleichzeitig nehmen die Vorwürfe zu, die Gewalt sei von den Beamten ausgegangen.

Wenn Innenminister Gall (SPD) als Reaktion hierauf eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte einführen will, kommt dies einer Stigmatisierung der Beamten gleich. Und wenn die GRÜNEN von einem wichtigen Schritt zu mehr Bürgernähe und Transparenz sprechen, belegt dies ihre einseitige Sichtweise, baut einen nicht bestehenden Interessengegensatz zwischen friedlichen Demonstrationsteilnehmern und Polizeibeamten auf und deutet auf pauschale Vorbehalte gegen die Arbeit der Polizei hin.

Wer Transparenz will, sollte nicht einseitig die Polizei an den Pranger stellen, sondern auch über eine Kennzeichnungspflicht der Demonstranten nachdenken, so der Landesvorsitzende der CDU-Juristen Dr. Alexander Ganter.

Statt einer Kennzeichnungspflicht fordert der LACDJ die Einführung sogenannter Body-Cams, die in mehreren Bundesländern und in Übersee bereits erfolgreich erprobt wurden. Mit dem Einsatz von Minikameras an den Uniformen der Polizisten konnte ein Rückgang von Gewalttätigkeiten festgestellt werden. Bodo Pfalzgraf, der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft in Berlin sprach von einer „pädagogischen Wirkung“ auf beiden Seiten. Gleichzeitig könnten die Kameras die Strafverfolgung erleichtern und Prozesse wie die um den Einsatz von Wasserwerfern in Stuttgart vereinfachen, so Ganter.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.